

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Prozess

Volksinitiative "Für den Schutz der Grossraubtiere (Bär, Wolf und Luchs)"

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse Institut für Politikwissenschaft Universität Bern Fabrikstrasse 8 CH-3012 Bern www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Künzler, Johanna

Bevorzugte Zitierweise

Künzler, Johanna 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Volksinitiative "Für den Schutz der Grossraubtiere (Bär, Wolf und Luchs)", 2012 – 2013*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 20.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	•
Wirtschaft	•
Landwirtschaft	
Tierhaltung, -versuche und -schutz	•

Abkürzungsverzeichnis

Allgemeine Chronik

Wirtschaft

Landwirtschaft

Tierhaltung, -versuche und -schutz

Die Diskussion, ob Grossraubtiere in der Schweiz zu schützen seien oder ob man sie vielmehr erlegen sollte, weil sie eine Gefahr für den Menschen und dessen Nutztiere darstellten, wurde auch im Berichtsjahr engagiert geführt. Mitte Mai wurde eine Volksinitiative "Für den Schutz der Grossraubtiere (Bär, Wolf und Luchs)" von einer Genfer Gruppierung um den Politaktivisten Jean Barth lanciert: Die Initianten wollen den Abschuss mit Geldstrafen oder Freiheitsentzug ahnden und den Bund zu verstärkten Schutzmassnahmen verpflichten. Die Initiative überstand die Vorprüfung der Staatskanzlei und befand sich Ende Berichtsjahr im Sammelstadium. Die ähnliche, im vorigen Jahr aufgegleiste Initiative "Wolf, Bär und Luchs" kam hingegen im September nicht zustande: Sie hatte weniger als die Hälfte des Unterschriftenquorums erreicht. ¹

VOLKSINITIATIVE DATUM: 20.12.2013 JOHANNA KÜNZLER

VOLKSINITIATIVE

DATUM: 30.08.2012

JOHANNA KÜNZLER

Die **Volksinitiative zum Schutz der Grossraubtiere Bär, Wolf und Luchs** scheiterte 2013 im Sammelstadium: Statt der erforderlichen 100 000 Unterschriften seien nur ca. 80 000 zusammen gekommen, wie die Initianten dem Blick mitteilten. Die Umweltverbände WWF und Pro Natura hatten das Anliegen nicht unterstützt: Der Initiativtext wurde als zu radikal empfunden, in Konfliktsituationen lasse er keinen Spielraum für ausgewogene Lösungen zu. Man wolle stattdessen auf Kooperation mit Betroffenen und den Behörden setzen. ²

1) BBI, 2012, S. 5829 ff. und S. 8027; NZZ, 19.6.12. 2) BBI, 2014, S. 427; AZ, 5.4.13; Blick, 13.12.13.